

Stand: 30.05.2026 17:02:47

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/7632

"AfD Corona-Entlastungsinitiative für Bürger und KMU II"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/7632 vom 29.04.2020
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/8838 des WI vom 24.06.2020
3. Beschluss des Plenums 18/10525 vom 13.10.2020
4. Plenarprotokoll Nr. 56 vom 13.10.2020



Antrag

der Abgeordneten **Josef Seidl, Franz Bergmüller, Katrin Ebner-Steiner, Dr. Ralph Müller, Uli Henkel, Gerd Mannes, Ferdinand Mang** und **Fraktion (AfD)**

Corona-Entlastungsinitiative für Bürger und KMU II

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf allen Ebenen dafür einzusetzen, folgende Punkte der AfD Corona-Entlastungsinitiative für Bürger und kleine und mittlere Unternehmen (KMU) umzusetzen:

Die Stromsteuer ist aufgrund der Corona-Krise vorübergehend, jedoch mindestens für 6 Monate auszusetzen. Eine erste Überprüfung der Aussetzung erfolgt nach 6 Monaten (zum 30.09.2020).

Begründung:

Im Zuge der medizinischen Krise, die durch die sorglose Verbreitung des Coronavirus in Europa in den Monaten Januar bis März 2020 entstanden ist, befindet sich Deutschland nunmehr in einer einem Ausnahmezustand ähnlichen Verfassung.

Um die finanziellen Folgen für das deutsche Volk zu minimieren, die Krise medizinisch einzudämmen und gleichzeitig die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Landes zu erhalten, sind unverzüglich die Maßnahmen der AfD Corona-Entlastungsinitiative für Bürger und KMU zu ergreifen.

Um die Bürger und die in der Corona-Krise entscheidend zu entlasten und fit für die sich abzeichnende Rezession bzw. Depression danach zu machen, ist es unerlässlich beide Gruppen finanziell zu entlasten.

Die Maßnahme würde die Betroffenen um ca. 3,4 Mrd. Euro innerhalb des ersten Zeitabschnitts entlasten.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

**Antrag der Abgeordneten Josef Seidl, Franz Bergmüller, Katrin Ebner-Steiner u.a. und Fraktion (AfD)
Drs. 18/7632**

Corona-Entlastungsinitiative für Bürger und KMU II

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Franz Bergmüller**
Mitberichterstatter: **Martin Mittag**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 24. Sitzung am 14. Mai 2020 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Ablehnung
 - B90/GRÜ: Ablehnung
 - FREIE WÄHLER: Ablehnung
 - AfD: Zustimmung
 - SPD: Ablehnung
 - FDP: AblehnungAblehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag in seiner 66. Sitzung am 24. Juni 2020 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Ablehnung
 - B90/GRÜ: Ablehnung
 - FREIE WÄHLER: Ablehnung
 - AfD: Zustimmung
 - SPD: Ablehnung
 - FDP: AblehnungAblehnung empfohlen.

Sandro Kirchner
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Josef Seidl, Franz Bergmüller, Katrin Ebner-Steiner, Dr. Ralph Müller, Uli Henkel, Gerd Mannes, Ferdinand Mang** und **Fraktion (AfD)**

Drs. 18/7632, 18/8838

Corona-Entlastungsinitiative für Bürger und KMU II

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Abg. Franz Bergmüller

Abg. Ulrike Scharf

Abg. Prof. Dr. Ingo Hahn

Abg. Benjamin Adjei

Abg. Manfred Eibl

Abg. Annette Karl

Abg. Albert Duin

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Zur gemeinsamen Beratung rufe ich nun die **Tagesordnungspunkte 30** und **31** auf:

Antrag der Abgeordneten Josef Seidl, Franz Bergmüller, Katrin Ebner-Steiner u. a. und Fraktion (AfD)

Corona-Entlastungsinitiative für Bürger und KMU II (Drs. 18/7632)

und

Antrag der Abgeordneten Josef Seidl, Franz Bergmüller, Katrin Ebner-Steiner u. a. und Fraktion (AfD)

Corona-Entlastungsinitiative für Bürger und KMU III (Drs. 18/7633)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 32 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Erster Redner ist der Abgeordnete Franz Bergmüller von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Franz Bergmüller (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren des Hohen Hauses! Wie alles, was von der AfD kommt, gelten Ihnen wahrscheinlich auch unsere Corona-Entlastungsanträge als nicht zustimmungsfähig, obwohl damit die Belastungen Ihres Corona-Shutdowns für kleine und mittlere Unternehmen und Bürger vermindert würden. Mit Ihrer Shutdown-Strategie errichten Sie unweigerlich eine neue Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, in der die globalen Unternehmen das Sagen haben werden und unser Mittelstand stark dezimiert übrigbleiben wird. Aber wahrscheinlich ist das der Grund für die Kampagne mit der Angst vor dieser Pandemie, bei der die Befundzahlen viel höher liegen als die Krankenzahlen, wie zuletzt zum Beispiel Herr Fuest, Herr Gassen oder Herr Streeck auch sagten. Im Zusammenspiel Ihrer Kampagnen der Energiewende und der Deindustrialisierung wollen Sie die Gesellschaft verändern. Mit der Energiewende – um die zugehörigen Anträge aus unserem Gesamtpaket geht es heute – ist aus physikalischen Gründen schlicht kein

Industriestaat mit Energie zu versorgen. Der Bürger wird es merken, wenn er in einigen Jahren seinen Abend, vielleicht auch früher, ohne Strom zu Hause verbringen wird. Bei der im Ausschuss genannten Senkung der EEG-Umlage spart ein Drei-Personen-Haushalt 9 Euro im Jahr. Im Gegenzug wird Ihre CO₂-Steuer ab nächstem Jahr ein Vielfaches davon wieder in die Steuerkassen zurückspülen.

Mit der von uns vorgeschlagenen Aussetzung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes würden den Klein- und Mittelunternehmen und Bürgern 24 Milliarden Euro mehr im Jahr zur Verfügung stehen, durch Aussetzung der Stromsteuer circa 7 Milliarden Euro, weitere 10 Milliarden Euro durch die Reduzierung der Energiesteuer um 25 %, zusammen also fast 41 Milliarden Euro Entlastung pro Jahr. Dieses Geld könnte in sinnvolle Innovationen fließen oder die Liquidität der Unternehmen verbessern helfen und mehr Geld in der Tasche der Bürger lassen. Wir vertrauen der Innovationskraft unseres Mittelstandes und wollen ihn mit unseren Entlastungsinitiativen stützen. Außerdem wollen wir die Stromsteuer nicht nur für ein halbes Jahr abschaffen, wie im Ausschuss behauptet wurde. Wir verlangen die Überprüfung aller Maßnahmen nach jeweils einem halben Jahr. Würden Sie zustimmen, könnten wir die Wirksamkeit im Halbjahrestakt überprüfen. Vielleicht würden auch Sie dann wie wir schon lange zu der Erkenntnis gelangen, dass Ihre sozialistischen Markteingriffe rund um Strom und Energie die Zukunft um keinen Deut besser sichern helfen. Bei Ablehnung bleibt Ihnen nur, sich von Geschichtsschreibern und Wählern zu Recht für das scheiternde Klimaschutzprogramm 2030 abwatschen zu lassen. Leider kann ich das dann nur mit einem lachenden Auge goutieren. Das andere Auge wird dann schon den Untergang unserer Industriehochkultur beweinen.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächste Rednerin ist die Kollegin Ulrike Scharf von der CSU-Fraktion.

Ulrike Scharf (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die AfD-Fraktion beschäftigt uns wieder mit zwei vollkommen überflüssigen Anträgen, noch dazu zu später Abendstunde. Liebe Kolleginnen und Kollegen – ich richte mich an Sie von der AfD –, bei der Stromsteuer handelt es sich um eine über die Europäische Energiesteuerrichtlinie harmonisierte Bundessteuer. Das heißt – damit Sie das verstehen –, sie legt für alle Mitgliedstaaten die Mindeststeuersätze fest. Die von Ihnen geforderte komplette Aussetzung der Stromsteuer ist vor diesem Hintergrund sehr problematisch, aber nicht nur das: Sie ist schlicht mit dem Unionsrecht unvereinbar. Vielmehr müssen die Mindeststeuersätze – gewerbliche und nicht gewerbliche – für die Nutzung eingehalten werden. Aber wir alle wissen ja, dass Sie Ihre Probleme mit unserer Europäischen Union haben.

Aber wenn Sie schon diese Forderung stellen und sich in diesem Bereich stark machen wollen, dann machen Sie es bitte sachgerecht, das heißt, Ihr Antrag müsste eine Absenkung der Stromsteuer auf europarechtliche Mindestsätze fordern. Wenn Sie Ihre parlamentarische Arbeit richtig machen und richtig recherchieren würden, dann wüssten Sie, dass diese Forderung von der Bayerischen Staatsregierung bereits mit Nachdruck verfolgt wird. Der Freistaat setzt sich seit Langem auf Bundesebene für die Senkung der Stromsteuer auf europarechtliches Mindestmaß – ich betone das noch mal – ein. Nicht nur das, sondern wir fordern darüber hinaus, dass dies dauerhaft und nicht, wie von Ihnen gefordert, nur vorübergehend geschieht, um eine Entlastung für die Bürgerinnen und Bürger und natürlich auch für die Wirtschaft zu erzielen.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, auch der zweite von Ihnen eingebrachte Antrag kann von uns nicht unterstützt werden. Die AfD fordert, die Energiesteuer für mindestens sechs Monate um 25 % abzusenken. Die Energiesteuer als Verbrauchssteuer für Kraft- und Heizstoffe wird ebenfalls in der Europäischen Energiesteuerrichtlinie geregelt. Eine Absenkung um 25 % auf unbestimmte Zeit, wie von Ihnen gefordert, ist grundsätzlich problematisch.

Eigentlich noch viel schlimmer ist, dass Sie mit dieser Forderung klar machen, dass Sie das von der Bundesregierung beschlossene und von der Bayerischen Staatsregierung unterstützte Klimaschutzprogramm vollkommen untergraben wollen. Es ist vollkommen unverständlich, dass Sie in dieser Zeit, in der fast alle Menschen verstanden haben, dass Umwelt- und Klimaschutz für uns überlebensnotwendig ist, Energiesteuern senken wollen. Es ist tragisch, dass Sie den Klimawandel nach wie vor leugnen und die Dringlichkeit dieses Themas einfach nicht begreifen wollen.

Die klimapolitisch erwünschte Steuerungswirkung – darum geht es dabei –, die mit dem nationalen Emissionshandel ab 2021 eingeleitet werden soll, wird durch Ihre Forderung vollkommen konterkariert. Man fragt sich schon: Wie soll eine CO₂-Bepreisung von fossilen Energieträgern in den Sektoren "Wärme" und "Verkehr" eine Steuerungswirkung hin zu den erneuerbaren Antriebs- und Heiztechniken erzielen, wenn man im gleichen Atemzug Verbrauchssteuern auf fossile Kraft- und Heizstoffe senken möchte? Dieser Ansatz ist vollkommen falsch und kann nicht unterstützt werden. Um wirklich eine Entlastung für die Energieverbraucher zu erreichen, wären andere zielführende Maßnahmen sehr viel besser. Zum Beispiel ist hier eine Entlastung bei der EEG-Umlage zu nennen oder, wie vorher schon erwähnt, eine dauerhafte Senkung der Stromsteuer auf das europäische Mindestmaß.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, zusammenfassend ist einfach nur festzustellen, dass die AfD-Fraktion mit ihren Anträgen gegen Unionsrecht verstoßen möchte und klimapolitische Anstrengungen vollkommen verhindern will. Die CSU-Fraktion lehnt beide Anträge ab.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Es gibt noch eine Intervention vom Abgeordneten Prof. Dr. Hahn von der AfD-Fraktion.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Frau Scharf, was sagen Sie denn den Bürgerinnen und Bürgern, die jetzt feststellen – übrigens Ihr Kollege Kirchner hat es in der letzten Ple-

narsitzung schon erkannt –, dass wir jetzt zum Weltmeister bei den Strompreisen aufgestiegen sind? Die Bürger müssen das alles bezahlen. Wir waren vorher auf Platz zwei; jetzt sind wir auf Platz eins. Wie erklären Sie denn Ihren bayerischen Bürgern – Sie sind ja in der Staatsregierung –, dass die Strompreise immer weiter steigen? Wer soll das in Zukunft noch bezahlen, gerade vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie, wo viele Leute das vielleicht gar nicht mehr bezahlen können?

Ulrike Scharf (CSU): Wenn Sie zugehört hätten, wüssten Sie, dass wir uns für die Senkung der Stromsteuer einsetzen. Ich habe vorher schon mehrfach erwähnt und betont: Wir wissen, dass die Stromsteuer in Deutschland bei 2,05 Cent pro Kilowattstunde liegt. Sie sollte nicht nur für die gewerbliche, sondern auch für die nichtgewerbliche Verwendung wesentlich niedriger sein. Dass eine Reform der EEG-Umlage notwendig ist und wir dieses Ziel auch vorantreiben, sollte Ihnen ebenfalls bekannt sein, wenn Sie Medien lesen oder aufmerksam die Nachrichten verfolgen.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächster Redner ist der Kollege Benjamin Adjei für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Benjamin Adjei (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! – Damen und Herren der AfD-Fraktion, ich weiß nicht, ob das wirklich Ihr Ernst ist. Für Lacher sind Sie, wie man sieht, immer gut. Ich zitiere kurz aus dem Antrags-text:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, [...] folgende Punkte der AfD-Corona-Entlastungsinitiative [...] umzusetzen [...]

Ich glaube allen Ernstes nicht, dass irgendwelche Mitglieder der demokratischen Parteien hier auf die Idee kommen, einen Beschluss zu fassen, in dem eine Partei – und dazu noch eine in großen Teilen faschistische Partei – genannt ist.

(Beifall bei den GRÜNEN – Unruhe – Zuruf von der AfD: He, he! – Wer ist hier faschistisch?)

– Das dürfen wir so sagen. Das ist gerichtlich festgestellt, dass Ihre Partei in Teilen faschistisch ist.

(Zuruf von der AfD: Nein, überhaupt nicht!)

Wenn Sie solche Anträge stellen, brauchen Sie nicht damit zu rechnen, dass man hier auch sachlich mit diesen Anträgen umgeht.

(Zurufe von der AfD)

Trotzdem vielleicht noch einen Satz zu den Inhalten.

(Zurufe)

Von der Kollegin wurde gerade schon ausgeführt: Die Stromsteuer und die Energiesteuer gleichzeitig zu senken, wäre klimapolitischer Unsinn. Das ist Unfug. Das wird selbst von der Union so geäußert. Damit würde jegliche Steuerungs- und Lenkungswirkung konterkariert. Das wäre natürlich ganz in Ihrem Sinne, weil Sie den Klimawandel vorantreiben wollen und gegen jegliche Bemühungen sind, die Energiewende voranzutreiben. Wir lehnen den Antrag deshalb ab. Wir bitten natürlich auch die anderen Fraktionen um Ablehnung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächster Redner ist der Kollege Manfred Eibl für die Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Manfred Eibl (FREIE WÄHLER): Verehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! – Verehrte Kollegen von der AfD, ich könnte Ihnen nach meiner Kollegin Scharf jetzt noch einmal die Europäische Energiesteuerrichtlinie erläutern. Aber ich glaube, es ist verinnerlicht worden, was geht und was nicht. Sachgerecht – und dafür

stehen wir – ist eine Absenkung der Stromsteuer auf das europarechtliche Mindestmaß; das ist unsere Ausrichtung. Wir streben das nicht nur zeitlich befristet, sondern unbefristet auf Dauer an.

Des Weiteren zu Ihrem Antrag auf Drucksache 18/7633: Wir als FREIE WÄHLER hier in Bayern und auch in der Staatsregierung stehen zum Klimaschutzprogramm 2030, und es wird auch von unserer Seite mitgetragen. Die Staatsregierung unterstützt den nationalen Emissionshandel, der ab 2021 in allen Sektoren wie Wärme und Verkehr mit CO₂-Bepreisungen wirken soll. Ihr Antrag würde hier nicht zielführend sein. Die Staatsregierung setzt sich an anderer Stelle bereits mit großem Nachdruck für die Entlastung der Energieverbraucher ein. Die Senkung der EEG-Umlage sowie die Senkung der Stromsteuer auf das Mindestmaß sind hier schon genannt worden. Ich spare mir weitere Worte. Wir lehnen beide Anträge ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Als Nächste spricht die Kollegin Annette Karl für die SPD-Fraktion.

Annette Karl (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Zum ersten Antrag: Die SPD-Fraktionen in Bund und Land setzen sich schon seit Langem dafür ein, die Bürger und mittelständischen Unternehmen von zu hohen Strompreisen zu entlasten. Wir fordern, langfristig die EEG-Umlage komplett abzuschaffen. Das würde eine deutlich höhere Entlastung bringen als die Senkung der Stromsteuer auf das Mindestmaß. Wir werden den Antrag deshalb ablehnen.

Zum zweiten Antrag: Es ist bereits gesagt worden, er widerspricht komplett dem Klimaschutzprogramm 2030 und ist deshalb genauso wenig akzeptabel. Wir werden auch diesen Antrag ablehnen.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Als Nächster spricht der Kollege Albert Duin für die FDP-Fraktion.

Albert Duin (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Erstmal möchte ich mich bedanken bei den GRÜNEN, bei der SPD, bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU, auch wenn ihre Anträge nicht immer gut bei uns ankommen, weil wir eine andere Meinung haben, sie aber wenigstens durchdacht sind und man über sie reden kann. Ich finde das großartig. Während ich die Anträge von der AfD, das da – –

Ich will euch ein Praxisbeispiel geben, passt auf! Einmal im Jahr kommt zu euch der Ableser nach Hause, und dann zahlt ihr daraufhin das ganze Jahr monatlich einen Abschlag. Nach einem Jahr geht es wieder von Neuem los. Wenn ihr das also halbjährlich machen wollt, wie wollt ihr das dann berechnen? – Es müsste dann noch ein Abgrenzungsposten her: Wann ist wie viel verbraucht worden, damit man wie viel zurückbekommt? – Leute, das wird Bürokratie ergeben ohne Ende.

Einen Antrag am Abend um halb zehn im Landtag einzubringen, nur um berühmt zu werden, ist Quatsch! Das brauche ich nicht zu machen. Dieser Antrag wird sowieso von uns und von allen anderen abgelehnt. Mensch, denkt doch mal darüber nach, was ihr beantragt, und denkt darüber nach, was das für Folgen hat!

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Der federführende Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung empfiehlt, beide Anträge abzulehnen. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 18/7632 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind

die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER, der GRÜNEN, der SPD, der FDP sowie der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Stimmenthaltungen? – Sehe ich keine. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 18/7633 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der CSU, der GRÜNEN, der FREIEN WÄHLER, der SPD, der FDP und der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Stimmenthaltungen? – Sehe ich keine. Damit ist auch dieser Antrag abgelehnt.